



Rathaus, Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 85 62
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch
www.regierungsrat.bs.ch

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD

Per Mail an:
vernehmlassunciSBRE@sem.admin.ch

Basel, 20. Mai 2025

Präsidialnummer: P250250

Regierungsratsbeschluss vom 20. Mai 2025

Vernehmlassung zur Genehmigung und Umsetzung des Übereinkommens von Ljubljana und Den Haag über die internationale Zusammenarbeit bei der Ermittlung und Strafverfolgung in Bezug auf das Verbrechen des Völkermords, auf Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und andere internationale Verbrechen; Stellungnahme des Kantons Basel-Stadt

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 19. Februar 2025 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zur Genehmigung und Umsetzung des Übereinkommens von Ljubljana und Den Haag über die internationale Zusammenarbeit bei der Ermittlung und Strafverfolgung in Bezug auf das Verbrechen des Völkermords, auf Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und andere internationale Verbrechen zukommen lassen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Der Kanton Basel-Stadt begrüsst die Vorlage ausdrücklich. Sie leistet einen wichtigen Beitrag dazu, die aussenpolitischen Zielsetzungen der Schweiz kohärent mit ihren rechtlichen und institutionellen Rahmenbedingungen in Einklang zu bringen. Da die Umsetzung in ausschliesslicher Bundeskompetenz liegt und für den Kanton Basel-Stadt keine direkten oder nennenswerten Auswirkungen zu erwarten sind, wird von einer vertieften materiellen Stellungnahme abgesehen.

Freundliche Grüsse
Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt

Dr. Conradin Cramer
Regierungspräsident

Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatschreiberin